

PRÄSIDIUM DES  
VERFASSUNGSGERICHTSHOFES

1010 Wien, Judenplatz 11

GZ 5120/2-Präs/87

An das

Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3

1017 W i e n

GESETZENTWURF	
Zl.	75 GE 9 87
Datum:	3. DEZ. 1987
Verteilt:	07. DEZ. 1987 Gestrichler

*St. Anzeigen*

Der Verfassungsgerichtshof übermittelt anbei 25 Exemplare der Stellungnahme, die er zu dem mit Note des Bundeskanzleramtes GZ 920.320/6-II/A/6/87 versendeten Entwurf eines Ausschreibungsgesetzes 1987 unter einem abgibt.

Wien, am 2. Dezember 1987

Der Präsident:

Dr. A d a m o v i c h

Beilagen

Für das Präsidium  
des Verfassungsgerichtshofes  
*Mayer*

PRÄSIDIUM DES  
VERFASSUNGSGERICHTSHOFES

1010 Wien, Judenplatz 11  
GZ 5120/2-Präs/87

An das  
Bundeskanzleramt  
Ballhausplatz 2  
1014 W i e n

Zu GZ 920.320/6-II/A/6/87

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Ausschreibung bestimmter Funktionen und Arbeitsplätze im Bundesdienst (Ausschreibungsgesetz 1987 - AusG).

Zu dem mit der oben bezeichneten do. Note übermittelten Entwurf eines Ausschreibungsgesetzes 1987 teilt der Verfassungsgerichtshof mit:

Der Entwurf sieht vor, daß der Vergabe leitender Funktionen in Z e n t r a l s t e l l e n sowie der Besetzung von Leitungsfunktionen und höherwertigen Arbeitsplätzen an nachgeordneten Dienststellen eine Ausschreibung voranzugehen hat.

Weder dem Gesetzestext noch den Erläuterungen ist zu entnehmen, von welcher Vorstellung des Begriffes "Zentralstelle" ausgegangen wurde.

Gemäß § 194 Abs. 2 BDG sind Zentralstellen das Bundeskanzleramt, die übrigen Bundesministerien und jene Dienststellen, die keinem Bundesministerium nachgeordnet sind.

Gemäß § 13 Abs. 1 VerfGG werden die Angelegenheiten, die das dem Verfassungsgerichtshof angehörende Verwaltungspersonal und die sachlichen Erfordernisse betreffen, unter der Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers geführt.

Dies bedeutet jedenfalls kein Unterordnungsverhältnis unter das Bundeskanzleramt. Der Verfassungsgerichtshof erachtet sich daher als Zentralstelle im Sinne der zitierten Gesetzesbestimmung.

./.

Er ist weiters der Meinung, daß der Verfassungsgerichtshof so wie die Präsidentschaftskanzlei und die Parlamentsdirektion in die Ausnahmeregelung des Abs. 2 in § 1 des Entwurfes des Ausschreibungsgesetzes 1987 aufzunehmen wäre.

25 Exemplare der vorstehenden Stellungnahme werden u. e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Wien, am 2. Dezember 1987

Der Präsident:

Dr. A d a m o v i c h

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

Yabjory